

Ost-Milliarde und Familienzulagengesetz; Abstimmungsparolen für am 26. November

Schweizer Demokraten BS empfehlen einmal Nein und einmal Ja!

Der **Vorstand der Schweizer Demokraten, Kantonalpartei Basel-Stadt** lehnt die Ost-Milliardenzahlung (sogenannte Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas) **einstimmig** ab. Die Partei sagt nein zu diesem Geschenk an die neuen EU-Oststaaten, da in den früheren Abkommen mit der EU nie von solchen Zahlungsverpflichtungen die Rede war. Es handelt sich hier um eine kostspielige Geste des Bundesrates gegenüber einzelnen EU-Staaten. Zudem müsste ein Teil dieser Milliarde aus Steuergeldern finanziert werden. Mit einem Ja würden mit Sicherheit bei einem EU-Beitritt der Armenstaaten Rumänien und Bulgarien erneut Gelder in den Osten fließen (müssen). Die Schweiz kann sich solche "freizügige" Finanzspritzen ins Ausland nicht mehr leisten, denn heutzutage sind gar unsere eigenen Sozialwerke in Finanznot!

Demgegenüber unterstützen die Schweizer Demokraten das Familienzulagengesetz, da hier die Vorteile für die meisten Schweizer Familien überwiegen. Das Kinder-Gross-Ziehen ist heute ein erheblicher Kostenfaktor einer Familie geworden, der von der Gesellschaft zuwenig anerkannt und unterstützt wird. Die geplante Anhebung der Kinder- und Ausbildungszulagen stellt eine Minimallösung in die vernünftige Richtung dar. Wird dieses Bundesgesetz angenommen, hiesse dies auch, dass die Familienzulagen für im Ausland lebende Kinder von in der Schweiz arbeitenden Ausländern den dortigen Lebenshaltungskosten angepasst werden müssten, was nicht nur gerecht ist, sondern eine generelle Kosteneinsparung zur Folge hätte.

Basel, 27.10.06

SCHWEIZER DEMOKRATEN BS